

MONIKA PFAFFINGER

• PD Dr. iur.

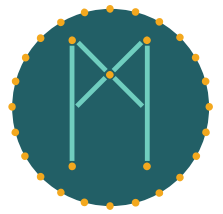
RECHT - WISSENSCHAFT - STRATEGIE - GOVERNANCE

Datenschutz einfach erklärt

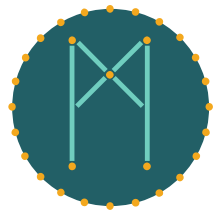
FN-Zmittag, 16.9.2026

Bildungsdirektion, Kanton Zürich

Volksschulamt

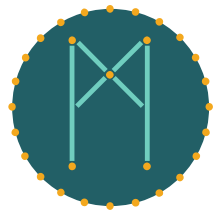


- Sensibilisierung, Vermittlung eines Basisverständnisses, Kenntnis der wichtigsten “Spielregeln”, Abbau von “Widerstand”, d.h.;
- Ich kenne die Relevanz des Datenschutzes (Bearbeitung von Personendaten) im Schulkontext
- Ich kenne die “Landkarte” und beherrsche das Basishandwerk
- Ich habe ein Prüfschema mit Leitplanken im Kopf
- Ich erkenne “rote Flaggen”



- Weshalb ist die Einhaltung des Datenschutzrechts im Schulkontext so wichtig?
Ein Grundrecht – und mehr!
 - Wie wird datenschutzkonformes Verhalten gewährleistet?
 - Vorgehen in zwei Schritten
1. Realität: Was ist der Sachverhalt/Bearbeitungshandlung
 2. Recht: Was verlangt das Recht – Umsetzung

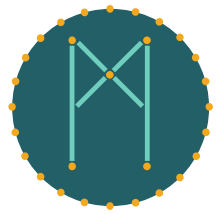
Hohe Bedeutung des Datenschutzes im Kontext öffentlicher Schulen



- Datenschutz ist Grundrechtsschutz, Art. 13 BV/Art. 10 Abs. 1 V-ZH
- Div. weitere Erlasse – Datenschutz als “basso continuo” in allen Rechtsgebieten
- Öffentliche Schulen – staatliches Handeln – Legalitätsprinzip (vgl. Art. 2 V-ZH; § 8 Abs. 1 IDG)
- Thema “Machtasymmetrie”
- Schulkontext: Minderjährigenschutz – erhöhte Anforderungen!
- Bildungsauftrag: Kernaufgabe im Leben von Minderjährigen
- Grenzt unmittelbar an Privat- und Familienleben
- *Beziehungs-, Vertrauens-, Institutionenschutz, vgl. insofern auch § 19 ff. VSG*
- Digitaler Wandel, Vorbildfunktion, vgl. § 2 VSG



Erster Schritt, die Fakten: Ermittlung der Bearbeitungshandlung

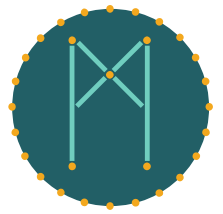


Zwei Leitfragen

1. Die W-Fragen: Wer bearbeitet welche Personendaten wozu, in welcher Weise, basierend auf welcher Rechtsgrundlage, für wie lange?
2. Wie verändern sich datenschutzrechtlich relevante Konstellationen durch den Einsatz von neuen Technologien oder Akteuren?



Zweiter Schritt, das Recht: Umsetzung der rechtlichen Vorgaben (1)

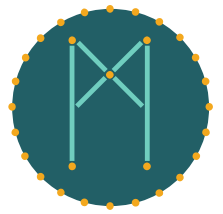


Identifizierung des anwendbaren Rechts

- Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich (wer bearbeitet welche Angaben auf welche Weise), vgl. § 3 IDG
- Zürich: IDG, IDV (Abgrenzung DSG: Bund/Private)
- Achtung insb. bei besonderen Personenangaben, § 3 Abs. 4 IDG, Persönlichkeitsprofilen § 3 Abs. 4 lit. c IDG
- VSG
- Weitere Erlasse, insb. Verwaltungsrecht, Strafrecht, Zivilrecht
- Rote Flaggen insb. an “Schnittstellen”, z.B. Schule – Kindesschutzbehörde, Übertritten u.a.m.



Zweiter Schritt, das Recht: Umsetzung der rechtlichen Vorgaben (2)

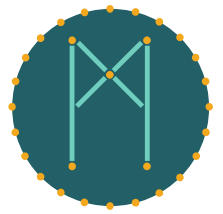


Der Erlaubnistatbestand zur Bearbeitung von Personendaten

- Dreh- und Angelpunkt: Einhaltung des Legalitätsprinzips, vgl. § 8 IDG
 - Prinzipielles Bearbeitungsverbot mit *Erlaubnistatbeständen*
 - Rote Flagge:
Insb. bei besonderen Personenangaben: Gesetz im formellen Sinne, § 8 Abs. 2 IDG!
- Weitere Inhalte des Rechtmässigkeitsgebots: z.B. Beschaffung ohne Zwang oder Drohung



Zweiter Schritt, das Recht: Umsetzung der rechtlichen Vorgaben (3)

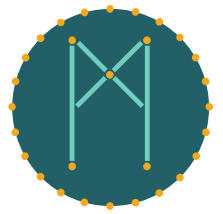


Rote Flagge: Rolle der Einwilligung als Erlaubnistatbestand

- Nur ausnahmsweise in Sonderkonstellationen
- Das Recht am eigenen Bild und Wort (Bger.)
- Geheimnisnormen, insb. Art. 320 StGB (Einwilligung oder Entbindung)
- Voraussetzungen an eine gültige Einwilligung, sofern diese verlangt/zulässig ist:
 - Wer willigt ein?
 - Urteilsfähigkeit (relativ) der minderjährigen Person
 - Bei Urteilsunfähigkeit der minderjährigen Person: Zustimmung der Eltern (Thema: gemeinsame elterliche Sorge)
 - Weitere Voraussetzungen der gültigen datenschutzrechtlichen Einwilligung (Informiertheit, Freiwilligkeit, Form)



Zweiter Schritt, das Recht: Umsetzung der rechtlichen Vorgaben (4)

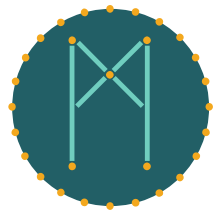


Die allgemeinen Bearbeitungsgrundsätze, insb.

- Zweckbindung, § 9 IDG
 - Präziser, legitimer Zweck, vgl. rechtliche Grundlage
 - Zweck, für welchen Personendaten erhoben wurden
 - Transparent gemachter Zweck
 - Bei Zweckänderung: Nachinformation
 - Bei erfülltem Zweck: Ggf. Löschung/Anonymisierung, ggf. Archivierung!
- Verhältnismässigkeitsgrundsatz, § 8 Abs. 1 zweiter Satz IDG
 - Eignung, Erforderlichkeit, Zumutbarkeit
 - Datenminimierung; “So viel wie notwendig, so wenig wie möglich”; “need to know”
 - Berücksichtigung bei schulinterner Organisationsstruktur/Zugriffsrechte



Zweiter Schritt, das Recht: Umsetzung der rechtlichen Vorgaben (5)

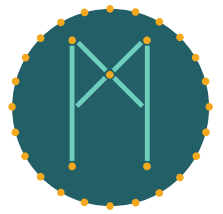


Die allgemeinen Bearbeitungsgrundsätze, insb.

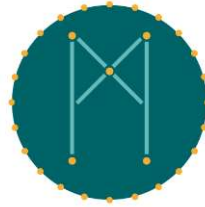
- Richtigkeitsgrundsatz, § 7 Abs. 2 lit. b IDG
 - Zutreffend, nicht falsch
 - Aktuell und vollständig
 - Prozess implementieren!
- Einhaltung der Transparenzvorgaben (div.)
 - § 4 und § 12 IDG
 - § 7 Abs. 2 lit. c IDG (Verfügbarkeit)
 - § 10 IDG – Datenschutzfolgenabschätzung
 - § 12a IDG – Meldepflichten (“Data Breach”)
 - § 14 Abs. 4 IDG – Bearbeitungsverzeichnis
 - § 20 IDG



Zweiter Schritt, das Recht: Umsetzung der rechtlichen Vorgaben (6)



- Weitere Massnahmen zur Gewährleistung des rechtmässigen Umgangs mit Personendaten
 - Instrumente der Data Governance, vgl. § 13 IDG
 - Massnahmen des Datenschutzes/der Datensicherheit – Weisungen, Schulungen, TOM
 - Verschlüsselungen, Ablage, Raumgestalterisches, Zugangsberechtigungen, Protokollierungen sicherheitsrelevanter Zugriffe, Up-Dates usf.
 - Dokumentation insofern
- Gewährleistung der Betroffenenrechte, z.B. Auskunftsrecht, vgl. § 20 IDG, § 7 IDV



MONIKA PFAFFINGER

• PD Dr. iur.

RECHT - WISSENSCHAFT - STRATEGIE - GOVERNANCE

Am Ende

Résumée mittels Prüfschema,
sofern noch Zeit und Energie...